



Baden-Württemberg Bildungsplan 2004

Bildungsstandards für Gemeinschaftskunde im Rahmen des Fächerverbundes Geographie - Wirtschaft - Gemeinschaftskunde

Gymnasium mit deutsch-französischer Abteilung – Klassen 8, 10

Hinweis: Die Anpassungen der Bildungsstandards an die Erfordernisse des bilingualen Unterrichts sind durch Unterstreichung und Fettdruck hervorgehoben. Kursiv und unterstrichen sind Standards, die in der Zielsprache erreicht werden sollen. Sofern eine Aufteilung der Kompetenzen auf die Jahrgangsstufen vorgenommen wurde, handelt es sich um Empfehlungen.

I. Leitgedanken zum Kompetenzerwerb

Stellung des Faches

„In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ordentliches Lehrfach.“ (Landesverfassung von Baden-Württemberg, Art. 21,2)

Angesichts nationaler und internationaler Veränderungsprozesse erhalten politisch-gesellschaftliches und ökonomisches Grundwissen sowie die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich in unserem demokratischen System zu orientieren und zu engagieren, eine besondere Bedeutung. Verständnis des politischen Systems sowie Teilhabe und Mitwirkung am politischen Prozess sind unerlässlich, wenn Freiheit und Demokratie weiter entwickelt und nachhaltig gesichert werden sollen. Deshalb ist die Verankerung von Kompetenzen, welche die aktive Teilnahme im politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bereich ermöglichen, für unser Gemeinwesen unabdingbar.

Neben dem Elternhaus ist es vornehmlich Aufgabe der Schule und speziell des Faches Gemeinschaftskunde diesen Prozess politischer Bildung anzuregen und zu fördern.

Ausgehend vom Auftrag des Grundgesetzes sowie der Landesverfassung leistet das Fach Gemeinschaftskunde einen wichtigen Beitrag zur Werteerziehung und zur normativen Orientierung in der politischen Bildung.

Der Unterricht soll die Schülerinnen und Schüler befähigen, auf der Grundlage solider Kenntnisse Einsichten in politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zusammenhänge zu gewinnen. Sie sollen sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst werden und selbstständig denkende, rational urteilende und sozial verantwortlich handelnde Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden, die die Regeln für ein rationales und gewaltfreies Austragen politischer Konflikte kennen und achten. Sie erkennen, dass Freiheit und Verantwortung die konstitutiven Elemente der freiheitlich demokratischen Grundordnung sind, die es zu sichern und zu entwickeln gilt.

Teilhabe und Mitwirkung am politischen Prozess setzen den Erwerb spezifischer Kompetenzen voraus, die einander bedingen und ergänzen und darüber hinaus zur Studierfähigkeit beitragen. Die Kompetenzen

werden in einem Prozess der Komplexitätssteigerung und der zunehmenden Differenzierung in den jeweiligen Klassenstufen altersgemäß umgesetzt.

Kompetenzerwerb

Das Fach Gemeinschaftskunde vermittelt allgemeine Kompetenzen, die sich genuin aus politischen Frage- und Problemzusammenhängen ergeben. Demgemäß können die Schülerinnen und Schüler in der Klassenstufe 8 einfache politische, gesellschaftliche und ökonomische Sachverhalte und Probleme unter Anleitung untersuchen und darstellen. Sie können diese im Lichte ihrer eigenen und fremder Interessen beurteilen und verfügen über grundlegende Methoden und Möglichkeiten um Veränderungen zu bewirken. Die Schülerinnen und Schüler ergänzen und erweitern schrittweise ihre Fähigkeiten zur Recherche und Darstellung politischer Probleme wie auch zur Beeinflussung politischer Prozesse. Sie entwickeln dabei im Laufe des Unterrichts allmählich ein höheres Maß an Selbstständigkeit. Darüber hinaus sind sie schließlich zunehmend eigenständig dazu in der Lage, Falluntersuchungen und Problemanalysen mithilfe politischer Kategorien (Interesse, Gemeinwohl, Konflikt, Konsens, Kompromiss, Regelung, Herrschaft, Macht, Recht, Werteorientierung, Legitimation, Effizienz, Partizipation, Nachhaltigkeit) durchzuführen. Dabei berücksichtigen sie unterschiedliche Politikdimensionen und unterscheiden im Diskurs zwischen konstatierenden, erklärenden und wertenden Urteilen.

Methodische Kompetenzen, die durch das Fach Gemeinschaftskunde gefördert werden, dienen der Wahrnehmung und Analyse politisch-gesellschaftlicher und ökonomischer Vorgänge sowie der Beurteilung politischer Teilhabemöglichkeiten. Sie ergänzen dadurch die in den Leitgedanken für Geographie, Wirtschaft und Gemeinschaftskunde genannten Kompetenzen

Der Fähigkeit, sich angesichts vielfältiger Beeinflussungsmöglichkeiten eine eigene Meinung zu bilden, muss im Fach Gemeinschaftskunde eine besondere Bedeutung zukommen. Dem entsprechend sind die Schülerinnen und Schüler bis Ende der Klassenstufen 10 bzw. 12 zunehmend in der Lage, die in Texten und anderen Materialien geäußerten politischen Meinungen hinsichtlich ihrer sachlichen Richtigkeit, der zugrunde liegenden Werthaltungen und politischen Interessen zu untersuchen. Sie kennen die fachspezifischen Methoden sozialwissenschaftlichen Arbeitens (Informationsbeschaffung, Informationsverarbeitung, Präsentation) und können diese altersgemäß anwenden. Sie können Texte und Materialien, die der politischen Teilhabe dienen, **auch in der Fremdsprache** erstellen (z. B. Leserbriefe, Flugblätter). Dabei lernen sie, unterschiedliche kommunikative bzw. politische Absichten (Darstellung, Appell, Argumentation) sach- und situationsgerecht zu verfolgen.

Inhalte aus den Bereichen Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft verlangen jeweils spezifische Formen der Bearbeitung. Der Erwerb methodischer Kompetenzen soll die Schülerinnen und Schüler befähigen, bei der selbstständigen Bearbeitung eines Themas eine angemessene Auswahl von Methoden der Informationsbeschaffung, -verarbeitung und Präsentation vorzunehmen.

Soziale und personale Kompetenzen sind eng aufeinander bezogen. Sie zielen auf demokratische Verhaltens- und Kommunikationsweisen. Die Schülerinnen und Schüler erwerben die für die politische Kultur in einem demokratischen Gemeinwesen unverzichtbare Fähigkeit, auf der Grundlage der Anerkennung von Andersdenkenden selbstbewusst, sach- und situationsgerecht Diskussionen, Streitgespräche und Debatten auszutragen. Darüber hinaus leiten sie aus dem Grundgesetz elementare Wert- und Grundhaltungen ab und erkennen deren Bedeutung für die Entwicklung des demokratischen Systems.

Der Erwerb sozialer und personaler Kompetenzen ist als Prozess zu verstehen. Dieser entwickelt sich in einer altersgemäßen Auseinandersetzung mit Fachinhalten. Eine präzise Zuweisung und Evaluierung einzelner Kompetenzen auf bestimmte Klassenstufen wird der Qualität dieser Bildungsziele nicht gerecht. Dies gilt besonders für die unterschiedlichen Aspekte der Werteerziehung.

Im Verlauf des Fachunterrichts werden die Schülerinnen und Schüler fähig zum Perspektivwechsel. **Dies wird durch den Vergleich mit Frankreich unterstützt und erleichtert.** Sie sind bereit, die eigene Meinung der kritischen Prüfung anderer auszusetzen.

Auf dieser Grundlage entwickeln die Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Oberstufe sozial-kommunikative Kompetenzen, die ihre Kooperationsfähigkeit fördern und zum zivilgesellschaftlichen Diskurs befähigen.

Personale Kompetenzen fördern einerseits die Teilhabe am politischen Prozess, andererseits demokratische Grund- und Werthaltungen. Die Schülerinnen und Schüler können zwischen eigenen Interessen und sozialer Verantwortung abwägen. Sie haben Grundwerte und Verhaltensdispositionen wie Achtung der

Menschenwürde und Menschenrechte, Toleranz gegenüber anderen Lebensformen, Religionen, Weltanschauungen, Völkern und politischen Meinungen sowie Gewaltfreiheit und Zivilcourage verinnerlicht. Sie erkennen Möglichkeiten zur politischen Teilhabe und Mitbestimmung.

Die Schülerinnen und Schüler entwickeln Fachkompetenz, indem sie sich auf einem ihrem Alter entsprechenden Niveau mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen der Politik befassen. Sie erwerben Kenntnisse der politischen, ökonomischen und rechtlichen Grundlagen unserer Gesellschaft und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung.

Bei der Analyse von Entscheidungsprozessen werden ihnen Handlungsspielräume und deren Grenzen deutlich und sie erkennen bei der Behandlung kontroverser Standpunkte und ihrer Begründungszusammenhänge die Vielschichtigkeit politischer Probleme. Bei der Beurteilung politischer Entscheidungen berücksichtigen sie deren langfristige Folgen.

Didaktische Prinzipien

Eine umfassende Erziehung zur Demokratie ist darauf angewiesen, dass der Unterricht in allen Fächern und das Schulleben sich als Raum verstehen, in dem die oben genannten Kompetenzen in einem überschaubaren Rahmen erworben und umgesetzt werden können.

Im Mittelpunkt aller didaktischen Überlegungen steht das Politische. Für die Unterrichtsplanung und -umsetzung sind dementsprechend folgende didaktische Prinzipien grundlegend:

- der enge Bezug zur politischen Aktualität und zu den jeweiligen Konflikten und Problemen (Problemorientierung)
- die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Interessen, Sichtweisen und wissenschaftlichen Standpunkten (Kontroversität, Wissenschaftsorientierung)
- die Differenzierung und Verknüpfung von Analyse- und Erfahrungswissen (Exemplarisches und Kategoriales Lernen, Handlungsorientierung)
- **die Bestimmung des eigenen politischen und gesellschaftlichen Standortes durch den Vergleich mit dem Partnerland**
- die Bestimmung des eigenen politischen und gesellschaftlichen Standortes durch den Vergleich zum Partnerland

Die folgenden Fachkompetenzen konkretisieren die Umsetzung der Ziele und didaktischen Prinzipien des **bilingualen Sachfachunterrichtes** in Gemeinschaftskunde.

II. Kompetenzen und Inhalte

Klasse 8

1. Kinder und Jugendliche in Familie und Gesellschaft

Die Schülerinnen und Schüler können

- das Spannungsfeld zwischen Selbstverwirklichung und sozialen Erwartungen beschreiben
- Erziehungsziele unterscheiden und bewerten
- Chancen und Gefahren bei Gruppenprozessen erörtern
- Lebensformen in unserer Gesellschaft beschreiben und vergleichen
- Ansätze zur Überwindung spezifischer Benachteiligungen beider Geschlechter darstellen und beurteilen

2. Demokratie in der Gemeinde – Teilhabe und Mitwirkung Jugendlicher am Willensbildungsprozess

Die Schülerinnen und Schüler können

- den Zusammenhang zwischen den Interessen Jugendlicher und politischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene darstellen
- kommunale Entscheidungskompetenzen an einem Beispiel darstellen
- Möglichkeiten zur Beteiligung an der demokratischen Willensbildung in Schule und Gemeinde beschreiben

3. Das Problem der Nachhaltigkeit in einer globalisierten Welt

Die Schülerinnen und Schüler können

- exemplarisch eine Gefahr für den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts darstellen
- Möglichkeiten für die Sicherung eines weltweiten ökologischen Gleichgewichts darstellen und beurteilen

Bezüge

Geographie – Themenfeld: Eine Erde – Eine Welt
Wirtschaft

Klasse 10

Die durch Unterstreichung und Kursivdruck hervorgehobenen Methoden- und Fachkompetenzen bieten sich für einen bilingualen Unterricht in besonderer Weise an und sind zunehmend auch in der Zielsprache zu erreichen. Die übrigen Kompetenzen können insbesondere in leistungsstärkeren Klassen ebenfalls in der Zielsprache angestrebt werden.

Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland im Wandel

1. Einwanderung im deutsch-französischen Vergleich (Vorschlag: Klasse 9)

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Bevölkerungszusammensetzung mit Hilfe von geeigneten Indikatoren beschreiben und vergleichen
- Formen, Ursachen und Folgen der Migration erläutern
- Möglichkeiten und Probleme der Integration in einer pluralistischen Migrationsgesellschaft darstellen und fallbezogen beurteilen
- die Grundzüge des deutschen und französischen Staatsbürgerschaftsrechts darstellen und vergleichen

Bezüge

Geographie Klasse 8 – Themenfeld: Weltweite Mobilität

Geographie – Themenfeld: Menschen prägen Räume

2. Auftrag und Probleme des Sozialstaates (Vorschlag: Klasse 10)

Die Schülerinnen und Schüler können

- Daten zu Aspekten sozialer Differenzierung unter einer Fragestellung auswerten
- das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes erläutern und exemplarisch kontroverse sozialpolitische Konzeptionen unterscheiden
- das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich darstellen und vergleichen
- Reformansätze in einem Bereich der sozialen Sicherung beschreiben und auf ihre Realisierbarkeit hin überprüfen

3. Recht und Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland (in deutscher Sprache, Vorschlag: Klasse 9)

Die Schülerinnen und Schüler können

- die besondere Rechtsstellung von Kindern und Jugendlichen darstellen

Bezug

Wirtschaft Klasse 8

- die Funktion des Rechts erläutern und die Bereiche des öffentlichen und privaten Rechts voneinander abgrenzen
- an einem Fall Ursachen von Kriminalität und Formen sowie Zweck von Strafe erörtern

4. Der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich

4.1 Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess (Vorschlag: Klasse 9)

Die Schülerinnen und Schüler können

- Möglichkeiten der politischen Teilhabe anhand des Grundgesetzes (GG) und der Constitution française beschreiben

- die durch den Art. 21 GG verbriefte Mitwirkung der Parteien am politischen Willensbildungsprozess benennen und erläutern
- Parteien gegenüber Verbänden und Bürgerinitiativen abgrenzen
- das Wahlrecht zum Bundestag und zur Assemblée Nationale darstellen und vergleichen
- Möglichkeiten der Erweiterung des repräsentativen Systems durch direktdemokratische Elemente in beiden Ländern darstellen und beurteilen
- die Bedeutung der Medien für die politische Öffentlichkeit darstellen

4.2 Die Gesetzgebung des Bundes (in deutscher Sprache, Vorschlag: Klasse 10)

Die Schülerinnen und Schüler können

- das Gesetzgebungsverfahren des Bundes erläutern
- den Prozess der Entscheidungsfindung in der Verfassungswirklichkeit an einem ausgewählten Beispiel erläutern

5. Demokratie und Herrschaftskontrolle in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich (Vorschlag: Klasse 10)

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Bedeutung der Grundrechte darstellen und an einem Fall das Spannungsverhältnis zwischen einzelnen Grundrechten erläutern
- die Prinzipien der freiheitlichen Demokratie im Grundgesetz erläutern (Volkssouveränität, repräsentative Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit, Föderalismus in Abgrenzung zum französischen Zentralismus, Gewaltenteilung bzw. -verschränkung)
- einen Überblick über die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland und der französischen Republik geben
- die verschiedenen Formen der Herrschaftskontrolle vergleichen

6. Internationale Politik: Menschenrechte und Friedenssicherung (Vorschlag: Klasse 9)

Die Schülerinnen und Schüler können

- Generationen von Menschenrechten unterscheiden und ihren universalen Geltungsanspruch darstellen
- Möglichkeiten zum Schutz der Menschenrechte bzw. zur Wahrung von Frieden und Sicherheit darstellen und bewerten

7. Die Zukunft Europas und der Europäischen Union (Vorschlag: Klasse 10)

Die Schülerinnen und Schüler können

- einen Überblick über die Ziele des europäischen Einigungsprozesses seit 1945 geben unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-französischen Beziehungen
- die Institutionen der Europäischen Union darstellen und beispielhaft einen Entscheidungsprozess in der Europäischen Union beschreiben
- Chancen und Probleme der Friedenssicherung in Europa an einem Beispiel darstellen